Herr Rupprecht verdeutlicht die Notwendigkeit eines Landschaftsplanes. Er bittet um Klärung mit der zuständigen Behörde, ob im Rahmen der Experimentierklausel die Verwendung von Ausgleichsgeldern erfolgen kann.

Herr Rupprecht beantragt, beim Rhein-Sieg-Kreis einen Antrag auf Erstellung eines Landschaftsplanes für die Gemeinde Eitorf zu stellen. Weiterhin soll durch die Verwaltung eine Auflistung aller Mininaturchutzgebiete angefertigt und dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werden, die aussagt, ob diese bereits im Biotopkataster geführt sind.

Erster Beigeordneter Sterzenbach erläutert, dass die Biotope gem. § 62 Landschaftsgesetz bereits kraft Gesetzes geschützt sind. Weiterhin antwortet er, dass auf Wunsch eine Auflistung auf Grundlage der Daten der Landesanstalt für Ökologie angefertigt werden kann. Zur Frage bezüglich der Verwendung von Ausgleichsgeldern erklärt Herr Sterzenbach, dass der Rhein-Sieg-Kreis trotz Nachfragens keine Aussage hierzu getroffen hat.

Herr Lorenz erklärt, dass die FDP-Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt gegen die Erstellung eines Landschaftsplanes ist. Als Begründung erläutert er, dass diese Antragstellung gegen einige der in letzter Zeit getroffenen Beschlüsse wie beispielsweise die Änderung des Regionalplanes usw. sprechen würde. Zudem vermisst man in dem Antrag einen Deckungsvorschlag.

Frau Rellecke ist der Auffassung, dass gerade aus Gründen der anstehenden Veränderungen ein Landschaftsplan vorliegen sollte. Zur Frage der Finanzierbarkeit erklärt sie, dass ein Deckungsvorschlag erst dann abgegeben werden kann, wenn man weiß, um welchen finanziellen Aufwand es sich handelt. Gerade auch die Frage der Ausgleichszahlungen sollte dem Rhein-Sieg-Kreis nochmals konkret gestellt werden.

Herr Kolf schließt sich der Begründung von Herrn Lorenz an und spricht sich im Namen seiner Fraktion ebenfalls dafür aus, zum jetzigen Zeitpunkt keinen Antrag zu stellen.

Herr Zielinski stellt klar, dass der Landschaftsplan ohnehin über kurz oder lang kommt und man dieses Verfahren zum jetzigen Zeitpunkt nicht per Antragstellung beschleunigen sollte.

Bevor Vorsitzender Gräf über den Antrag von Herrn Rupprecht abstimmen lässt, plädiert er dafür, die Verwaltung nicht mit der Erstellung von Listen zu beauftragen, wenn die gewünschten Informationen bereits gebündelt und online zur Verfügung stehen.